
DAKS-Kleinwaffen-Newsletter

Informationen des Deutschen Aktionsnetzes Kleinwaffen Stoppen – Ausgabe 05/08

1. GKKE-Veranstaltung zu Rüstungsexporten

von Roman Deckert

Am 8. Mai 2008 – dem Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkrieges in Europa – hat die „Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung“ (GKKE) in Berlin ein Podiumsgespräch zum Thema „Deutsche Rüstungsexporte auf dem Vormarsch“ veranstaltet, an der Abgeordnete aller Bundestagsfraktionen teilnahmen: Erich G. Fritz (CDU), Dr. Rolf Mützenich (SPD), Claudia Roth (Bündnis 90/Die Grünen), Florian Toncar (FDP) und Paul Schäfer (Die Linke).

Grundlage der Diskussion waren der unlängst veröffentlichte Rüstungsexportbericht der Bundesregierung für 2006 und das kritische Alternativgutachten der GKKE, das eine Steigerung der Genehmigungen auf 7,7 Milliarden Euro und damit Deutschland als drittgrößten Exporteur der Welt ausweist. Einzelgenehmigungen für Lieferungen in Entwicklungsländer machten über zwanzig Prozent des Gesamtwertes aus, rund eine Viertelmilliarde davon an Länder, die als besonders arm gelten. Die Summe für die Ausfuhr von Kleinwaffen in Staaten außerhalb von EU und NATO ist auf mehr als 15 Millionen Euro gestiegen.

Doch trotz dieser drastischen Entwicklung sind bislang weder der aktuelle Bericht noch die beiden vorherigen im Bundestagsplenum debattiert worden. Dies beklagten alle fünf ParlamentarierInnen parteiübergreifend und durchaus selbstkritisch. Auch sonst bestand weitgehender Konsens zu Kernproblemen der Rüstungskontrolle: Unverbindlichkeit des EU-Verhaltens-

kodexes, Mangel an Einfluss der MdB, ungenügende Transparenz bei Komponentenlieferungen und inkonsequentes Verhalten der Bundesregierung in Sachen Streumunition.

Zugleich wurde deutlich, dass die engagierten PolitikerInnen nur eine Minderheit in ihren Fraktionen bilden und im Konflikt mit außen- und wirtschaftspolitischen Interessen einen schweren Stand haben. Dies liegt nicht zuletzt an fehlendem Druck der Öffentlichkeit, was wiederum die Tatsache demonstrierte, dass nur wenige Dutzend Interessierte der Einladung zu der überaus informativen Veranstaltung folgten und es keine Presseberichte gab.

Zu begrüßen ist in jedem Fall, dass das gesamte Podium die andauernden Kleinwaffen-Exporte in Länder kritisierte, die die Menschenrechtskriterien nicht erfüllen, wie etwa die Philippinen (s. Newsletter vom April 2008). Der Vorsitzende der GKKE-Fachgruppe „Rüstungsexporte“, Dr. Bernhard Moltmann, hatte bereits in seiner Einführung die verheerenden Wirkungen herausgestellt, die frühere Ausfuhren und Lizenzvergaben bis heute nach sich ziehen. Es bleibt zu wünschen, dass diese Problematik sowohl in der Volksvertretung als auch in der Bevölkerung größere Beachtung findet.

Roman Deckert ist Kleinwaffen-Analyst im Berliner Informationszentrum für Transatlantische Sicherheit (BITS) und Vorstandsmitglied des Rüstungs-InformationsBüros Freiburg i.Br. (RIB).

2. Re-launched: G36 auf den Philippinen

Der Beitrag von Roman Deckert „Heckler & Koch: G36 auf den Philippinen“, der letzten Monat im DAKS-Newsletter erschienen ist, wurde auf der Homepage des Berliner Informationszentrums für Transatlantische Sicherheit

(BITS) in einer erweiterten Fassung zur Verfügung gestellt. Um eine umfangreiche Link-Liste erweitert kann der Text im Internet unter: <http://www.bits.de/frames/newd.htm> abgerufen werden.

3. Anti-Streumunitions-Konferenz tagt in Dublin

Es gibt wenige Dinge über Streubomben und ihre Sub-Munition zu sagen, die noch nicht gesagt worden sind. Der Einsatz von Streumunition ist völkerrechtswidrig, da diese Waffen ihrer Konstruktion nach auf einer möglichst großen Fläche unterschiedslos alles zerstören und vernichten, was sich dort befindet. Ob es sich um Häuser, Tiere oder Menschen handelt, spielt dabei keine Rolle und darauf kann nach dem Abwurf der Streubombe auch kein Einfluss mehr genommen werden. Der Einsatz von Streubomben ist auch deshalb völkerrechtswidrig, weil ihre Submunition, die (aus welchen Gründen auch immer) nicht detoniert ist, als Blindgänger zurückbleibt und wie eine Anti-personenmine wirkt.

Obwohl das alles bekannt ist, gibt es immer noch Streubomben, und nicht nur das: sie werden auch immer noch eingesetzt. Allein im Kosovo-Krieg bombardierte die NATO 333 Ziele mit insgesamt 1392 Streubomben, die die unglaubliche Zahl von 289.536 Submunitionen enthielten. Nach NATO-eigenen Schätzungen sollen davon rund 30.000 Munitionen als Blindgänger zurückgeblieben sein (vgl. den IKRK-Bericht aus dem Jahr 2000/2001 über „Cluster Bombs and Landmines in Kosovo“, im Internet unter:

[http://www.icrc.org/Web/eng/siteeng0.nsf/htmlall/explosive-remnants-of-war-brochure-311201/\\$File/ICRC_002_0780.pdf#search=%22%22cluster%20bombs%22%20site%3Awww.icrc.org%22](http://www.icrc.org/Web/eng/siteeng0.nsf/htmlall/explosive-remnants-of-war-brochure-311201/$File/ICRC_002_0780.pdf#search=%22%22cluster%20bombs%22%20site%3Awww.icrc.org%22)).

In Afghanistan wurden allein in der ersten Phase des Krieges (bis Ende 2001) 103 Ziele mit rund 1200 Streubomben bombardiert, die etwa 245.000 Streumunitionen enthielten, von denen nach Angaben der US-Streitkräfte etwa 25.000 als Blindgänger zurückblieben (vgl. den UN-Bericht aus dem Jahr 2002 „Afghanistan: UN to clear coalition cluster bombs“, im Internet unter:

<http://www.irinnews.org/report.aspx?reportid=17793>).

Dies entspricht ziemlich genau der Anzahl an Streubomben (1206), die im Verlauf der ersten drei Wochen des Irak-Krieges (20. März – 9. April 2003) abgeworfen wurden (vgl. den Bericht von Human Rights Watch „The Conduct of the War and Civilian Casualties in Iraq“, im Internet unter:

<http://www.hrw.org/reports/2003/usa1203/index.htm>).

Angesichts dieser Situation ist es mittlerweile zu einem Bündnis zwischen ehemaligen britischen Generälen gekommen, die ihre Regierung auffordern, ein grundsätzliches Verbot von Streumunition zu vereinbaren und dem Vatikan gekommen (vgl. im Internet unter:

<http://www.timesonline.co.uk/tol/news/world/article3958632.ece>).

So rief Papst Benedikt XVI. in seinem Angelus-Segen am 15.5.2008 auf, „dass wegen des gewachsenen Verantwortungsbewusstseins aller Teilnehmer ein starkes und glaubwürdiges internationales Instrument beschlossen wird: In der Tat müssen wir die Fehler der Vergangenheit korrigieren und verhindern, dass sich so etwas in Zukunft wiederholt.“

(Vgl. im Internet unter:

http://www.vatican.va/holy_father/benedict_xvi/angelus/2008/documents/hf_ben-xvi_ang_20080518_genova_it.html)

Im Blick hatte er dabei die Teilnehmer der Anti-Streumunitions-Konferenz, die am 30.5.2008 in Dublin zu Ende geht. Anlass dieses Treffens ist der von der norwegischen Regierung angeregte Oslo-Prozess der „Cluster Munition Coalition“. Er strebt ein prinzipielles Verbot von Streumunition an, damit solche (Abwurf-) Zahlen künftig endgültig einer schlechteren Vergangenheit angehören (siehe auch DAKS-Newsletter März 2008:

<http://www.rib-ev.de/daks/newsletter/DAKS-News1-2008-03.pdf>.

Deutschland scheint sich von all dem wenig beeindrucken zu lassen. Nicht nur, dass die deutsche Regierung pünktlich zur Halbzeit der Konferenz, am 24.5.2008, gedroht hat, den Vertrag gegebenenfalls nicht zu unterzeichnen (vgl. im Internet unter:

http://www.epo.de/index.php?option=com_content&task=view&id=3876&Itemid=84), auch die Verhandlungsposition, die sich in den Änderungswünschen Deutschlands am vorliegenden Vertragstext ausdrückt, ist leider eindeutig:

Die Interoperabilität mit Nicht-Vertragsparteien (z.B. den USA) soll auch künftig gewährleistet bleiben. Die Bundeswehr würde dann zwar nicht selbst Streumunition einsetzen, aber einsetzen lassen (vgl. Änderungsvorschlag zu Art. 1: http://www.clustermunitionsdublin.ie/pdf/CCM13_001.pdf).

Außerdem soll unter keinen Umständen ein grundsätzliches Verbot von Streumunition vereinbart werden. Deshalb strebt Deutschland eine Änderung der Definition an, was Streumunition in technischer Hinsicht eigentlich ist. Damit würde ein rechtliches Schlupfloch geöffnet, in dessen Rahmen es möglich würde, künftig technisch optimierte Streumunition zu entwickeln, zu lagern und schließlich einzusetzen (vgl. Änderungsvorschlag über alternative Elemente zur Definition von Streumunition: http://www.clustermunitionsdublin.ie/pdf/CCM17_001.pdf

und den Änderungsvorschlag zu Art. 2:

http://www.clustermunitionsdublin.ie/pdf/CCM19_001.pdf).

Noch größer wiegt jedoch das Problem, dass durch diese Definition eine ganze Reihe bereits heute im Einsatz befindlicher Streumunitionen (etwa der weit verbreitete Typ BLU-108) gar nicht mehr unter das Verbot des Vertrages fallen würden. Vertrag hin oder her – an der Realität des Krieges soll sich nach dem Willen der Bundesregierung nichts ändern.

Der Wunsch Deutschlands, auch künftig Streumunition einsetzen zu können, wird auch in der Absicht deutlich, einen Passus in den Vertragstext einzufügen, durch den es möglich würde, auch künftig die eigenen Soldaten im Umgang mit Streumunition zu trainieren. Um Streumunition räumen und entschärfen zu können bzw.

um auf ein Bombardement mit Streumunition vorbereitet zu sein, soll es den Vertragsstaaten auch künftig erlaubt sein, eine begrenzte Anzahl von Streubomben zu besitzen (vgl. Änderungsvorschlag zu Art. 3:

http://www.clustermunitionsdublin.ie/pdf/CCM28_001.pdf).

Während der bisherige Entwurf einen klaren Zeitplan von 5 Jahren vorsieht, in dessen Ende alle Streumunition zerstört sein soll, die sich im Rechtsraum eines Vertragsstaates befindet, sieht der Änderungswunsch der Bundesregierung vor, nur Blindgänger von verwendeter Streumunition im Verlauf eines noch nicht benannten Zeitraumes zu entschärfen oder zu zerstören (vgl. Änderungsvorschlag zu Art. 4:

http://www.clustermunitionsdublin.ie/pdf/CCM32_001.pdf).

Die Stoßrichtung des bisherigen Vertragstextes wird durch diesen Vorschlag grundsätzlich verkehrt: War bisher die ganze Staatengemeinschaft angesprochen, sollen es künftig nur noch jene Staaten sein, die in der Vergangenheit mit Streubomben bombardiert wurden.

Internationale Hilfe bei der Beseitigung von Streumunitions-Blindgängern sollen betroffene Länder nur dann erhalten, wenn sie bereit sind, mit den hilfswilligen Staaten zu kooperieren (vgl. Änderungsvorschlag zu Art. 6:

http://www.clustermunitionsdublin.ie/pdf/CCM37_001.pdf).

So sinnlos dieser Änderungswunsch klingt, so weitreichend können die Folgen sein, da im Umkehrschluss die Vertragsstaaten jenen Ländern Hilfe verwehren können, die nicht bereit sind, im Sinn der Hilfsstaaten umfassend zu kooperieren.

Alle bisherigen Beteuerungen der Bundesregierung, sich an einem Verbot von Streumunition beteiligen zu wollen, verlieren jedoch endgültig ihre Glaubwürdigkeit, wenn man sich den Änderungswunsch an Art. 18 vergegenwärtigt: Demnach soll es künftig auch Vertragsstaaten der Anti-Streumunition-Koalition erlaubt sein – unter expliziter Ausschaltung von Art. 1 der Konvention – Streumunition in einer Übergangszeit und in begrenztem Umfang einzusetzen (vgl. Änderungsvorschlag zu Art. 18: http://www.clustermunitionsdublin.ie/pdf/CCM46_001.pdf). Woher diese Munition stammen soll, wenn die Absicht bestünde, tatsächlich keine Streumunition mehr zu lagern und zu

produzieren, bleibt dabei das Geheimnis unserer Politiker.

Beteuerungen der Bundesregierung, sie würde sich „für ein umfassendes Verbot von Streumunition“ einsetzen (vgl. Pressemitteilung des Auswärtigen Amtes vom 18.4.2008, im Internet unter:

<http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Infoservice/Presse/Meldungen/2008/080418-Verbot-Streumunition.html>),

sind vor diesem Hintergrund nicht nur vollkommen unglaublich, sondern einfach falsch.

Entsprechende Ausführungen tauchen auch im „Jahresabrüstungsbericht 2007“ auf, der am 7.5.2008 vom Bundeskabinett gebilligt wurde (im Internet unter:

<http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Aussenpolitik/Themen/Abruestung/Downloads/0805-Jahresabruestungsbericht-2007.pdf>).

Doch wenn darin behauptet wird: „Deutschland setzt sich entschieden für ein universelles Verbot von Streumunition ein.“ (vgl. S. 66), so ist dieser Satz nicht das Papier wert, auf dem er geschrieben wurde.

4. Die „kritische Hauptversammlung“ Rheinmetalls 2008 Oder: Warum produziert der Sudan das MG3?

von Alexander Lurz

Die ordentliche Hauptversammlung einer Aktiengesellschaft gibt den Aktionären einmal im Jahr das Recht, die Dividende zu beschließen, über die Unternehmensstrategie abzustimmen, den Vorstand und den Aufsichtsrat zu entlasten und: Fragen zu stellen. Am Dienstag, den 6. Mai, war es bei Rheinmetall wieder soweit. Der Vorstand der Düsseldorfer Rüstungsschmiede lud die Anteilseigner in das Hotel Maritim in der Berliner Stauffenbergstraße.

Auf den Weg dorthin machte sich auch Dorothea Kerschgens vom Dachverband der Kritischen Aktionäre. Ihre Fragen an den Vorstand sollten sich jedoch von denen der anderen Aktionäre unterscheiden. Sie fragte nicht nach der Entwicklung des Aktienkurses oder der Vergütung des Aufsichtsrates. Von dem Vorstandsvorsitzenden Klaus Eberhardt verlangte sie Auskünfte über Rüstungsexporte in Entwicklungsländer, den Stand der Klage von Apartheidsopfern in den USA gegen die Düsseldorfer und zu den Lizenzvergaben- und Einnahmen des Maschinengewehres MG3.

Der letzte Fragenkomplex hat einen pikanten Hintergrund. Der staatliche sudanesishe Rüstungskonzern Military Industry Corporation (MIC) gibt seit einigen Monaten auf seiner Homepage (<http://www.mic.sd/>) an, das MG3 unter dem Namen Karar zu produzieren.

Ein Rheinmetall-Produkt im Einsatz in Darfur?
Ein unangenehmes Thema für den Vorstands-

vorsitzenden, der kurz zuvor noch Beifall für die positive Jahresbilanz erhalten hatte. Eberhardt ergriff die Flucht nach vorne und an der Frage vorbei. Sein Konzern habe keine Waffen an den Sudan geliefert und das Embargo achte man selbstverständlich. Auch Kerschgens Frage nach etwaigen Einnahmen aus der MG3-Lizenzproduktion in Iran und Pakistan blieb unbeantwortet. Das sei vor seiner Zeit bei Rheinmetall gewesen, so der Vorstandsvorsitzende.

Für Kerschgens blieb der Vormittag dennoch nicht ohne Erfolg. Beim abschließenden Mittagessen zeigte sich, dass ihre Fragen und begleitenden Ausführungen nicht ohne Wirkung geblieben waren. Ihre Tischnachbarin war nachdenklich geworden und wollte mehr hören zum Thema „Kanonen“ und Entwicklungsländer. Eine Erfahrung, die Kerschgens nicht zum ersten Mal machte. Auch im letzten Jahr, so die kritische Aktionärin, sei sie von Anteilseignern angesprochen worden, die durch ihren Auftritt erstmals einen Bezug zwischen ihrer Dividende und der Kehrseite des Waffenexportes herstellten.

Die Fragen Kerschgens zum Thema MG3 hat der Autor am 16. Mai in erweiterter Form schriftlich nochmals an den Leiter der Unternehmenskommunikation Rheinmetalls, Peter Rücker, gerichtet. Bis zum Redaktionsschluss dieser Ausgabe blieb eine Antwort aus. Auf Nachfrage erklärte das Büro Rückers lapidar: die Angelegenheit sei an den Archivar des Unter-

nehmens weitergeleitet worden – das dauere eben. Die erbetene Vorabklärung, dass Rheinmetall zumindest in den letzten Jahren der MIC keine Lizenz zum Nachbau des MG3 erteilte, wurde nicht gegeben.

Alexander Lurz ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter des Berliner Informationszentrum für Transatlantische Sicherheit.

5. Rezension: Kindersoldaten & Kleinwaffen

von Roman Deckert

Zu den grauenhaftesten Erscheinungen unserer Zeit gehört die Kindersoldatenproblematik. Doch erst seit wenigen Jahren erfährt dieses Thema verstärkte Aufmerksamkeit. Bücher ehemaliger Kindersoldaten und Kindersoldatinnen, Reportagen über minderjährige Kämpfer und Sexsklavinnen in Uganda und Kongo sowie Hollywood-Blockbuster wie „Blood Diamond“ haben das Interesse der westlichen Öffentlichkeit geweckt. Die komplexen Ursachen, Hintergründe und Zusammenhänge werden jedoch allzu häufig auf einfache Erklärungen wie ethnische Konflikte verkürzt.

Um so wichtiger ist das Buch „Kindersoldaten, neue Kriege und Gewaltmärkte“ von Michael Pittwald, das jetzt in einer zweiten überarbeiteten und aktualisierten Neuauflage erschienen ist (Sozio-Publishing-Verlag, Belm-Vehrte – € 24,90 – 142 Seiten), mit einem Vorwort eines „Veteranen“ der Friedensforschung, Dr. Peter Lock. Pittwald, promovierter Politikwissenschaftler und Leiter des Osnabrücker Instituts für praxisorientierte Sozialforschung & Beratung, hat ein Standardwerk geschrieben. Dabei ist zu hoffen, dass es über den Kreis der Fachleute hinaus weite Beachtung findet.

Der erste Teil der Untersuchung umfasst Übersichten über den Forschungsstand, die Rekrutierungsfaktoren, die Geschichte des Kindersoldatentums, die völkerrechtliche Lage und schließlich den Einfluss von Ökonomie und Ideologie. Der zweite Teil besteht aus einer empirischen Fallstudie über frühere Kindersoldaten in Mosambik. Die gesamte Darstellung besticht durch eine überaus klare Differenzierung der Thematik. Sie lässt sich ebenso gut

von Anfang bis Ende durchlesen wie als Nachschlagewerk für einzelne Aspekte benutzen. Aus DAKS-Sicht ist besonders erfreulich, dass Pittwald der zentralen Rolle von Kleinwaffen ein eigenes Unterkapitel einräumt. Zwar stellt er klar, dass „die bloße Existenz von Kleinwaffen noch kein Grund für einen Krieg oder bewaffneten Konflikt [ist].“ Er betont jedoch, dass gerade in Entwicklungsländern „ohne diese Waffen Kriege nicht über längere Zeiträume geführt werden [können].“

Während viele andere Berichte den Fokus nur auf die allgegenwärtige Kalaschnikow richten, widmet sich Pittwald dankenswerterweise auch eingehend dem G3-Sturmgewehr von Heckler & Koch. Tatsächlich ist die Kalaschnikow wegen ihres geringeren Gewichts und robusteren Designs die Standardwaffe der meisten Kindersoldaten. Es gibt jedoch etliche Belege dafür, dass das G3 und sein Ableger HK33 in zahlreichen Konflikten die zweithäufigsten Mordinstrumente sind.

So lieferte der deutsche Exportschlager einem Bericht von Human Rights Watch über Kindersoldaten in Birma den Titel: „My Gun was as tall as me.“ Beschlagnahmen bei der ugandischen Lord's Resistance Army haben gezeigt, dass das G3 auch bei der wohl berühmtesten Kindersoldaten-Truppe die Nummer Zwei ist. Ein eindrucksvolles Bild von einem afrikanischen Kindersoldaten mit G3 bietet eine Broschüre des Freiburger RüstungsInformationsBüros (RIB) über die Oberndorfer Waffenschmiede:

<http://www.rib-ev.de/daks/grafik/fonds3.jpg>

Impressum & Kontakt

DAKS-Koordination
c/o RüstungsInformationsBüro (RIB e.V.)
Postfach 5261, 79019 Freiburg

Tel. 0761-7678088
E-Mail: rib@rib-ev.de
Web: www.rib-ev.de/daks

Mitglied im DAKS sind:

- ▶ AG Rüstungsexporte im Netzwerk Friedenskooperative, Bonn
- ▶ attac-Ortsgruppen
- ▶ BUKO-Kampagne „Stoppt den Rüstungsexport!“, Bremen
- ▶ Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK), Frankfurt
- ▶ Friedensinitiative Nottuln
- ▶ IPPNW Stuttgart
- ▶ Kampagne gegen Rüstungsexport bei Ohne Rüstung Leben (ORL), Stuttgart
- ▶ Netzwerk Afrika Deutschland, Bonn
- ▶ pax christi – deutsche Sektion, Bad Vilbel
- ▶ pax christi – Bistumsstelle Rottenburg/Stuttgart
- ▶ RüstungsInformationsBüro (RIB e.V.), Freiburg
- ▶ WORLD VISION Deutschland e.V., Friedrichsdorf
- ▶ ... sowie weitere Gruppen aus dem Friedensbewegungs-, kirchlichen und entwicklungspolitischen Zusammenhang.

Hinweis: DAKS und die Sponsoren des Newsletters übernehmen für die Inhalte und die Sicherheit der in diesem Newsletter aufgeführten Internetadressen keinerlei Haftung. Verantwortlich i.S.d.P.: Fabian Sieber.

Förderer des Kleinwaffen-Newsletters sind der DAKS-Fonds „Gerechtigkeit für Kleinwaffenopfer“ (angesiedelt beim RüstungsInformationsBüro RIB e.V.) und



Friedenszentrum
Braunschweig

